

Antrag 305/I/2026**FA XI - Mobilität****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)****Änderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes stoppen – die SPD muss weiter für sicheren Radverkehr stehen**

1 Die Sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordneten-
 2 haus und im Senat sowie der Parteivorstand werden auf-
 3 gefordert, sich im parlamentarischen Verfahren dafür ein-
 4 zusetzen,

5

6 • die Änderungen an **§ 36 Abs. 3 und Abs. 5** nicht zu
 7 beschließen;

8 • **§ 41 Abs. 4 so** zu belassen, dass das gesamte Radver-
 9 kehrsnetz bis 2030 hergestellt und beschildert wer-
 10 den soll;

11 • Ausnahmen in **§ 41 Abs. 2** eng und rechtssicher zu
 12 begrenzen;

13 • die zusätzlichen und extrem weitreichen-
 14 den Abweichungs- und Verzichtsmöglichkeiten
 15 von Radverkehrsanlagen an Hauptstraßen in **§ 43**
 16 **Abs. 1** zu streichen;

17 • die Zielverschiebung in **§ 47 Abs. 4** nicht vorzuneh-
 18 men;

19 • in **§ 48 Abs. 3** Mängelmeldungen aus der Bevölke-
 20 rung ausdrücklich zu erhalten;

21 • vor weiterer Beratung einen Beteiligungsprozess
 22 mit Verbänden, Bezirken und Fachöffentlichkeit
 23 durchzuführen.

24

Begründung

26 Die genannten kritischen Änderungen schwächen be-
 27 stehende Standards, Fristen und Beteiligungsmöglichkei-
 28 ten des Berliner Mobilitätsgesetzes ab. Das betrifft ins-
 29 besondere die Änderungen an **§ 36, § 41, § 43, § 47 und**
 30 **§ 48 MobG BE**. Die SPD eröffnet der CDU Möglichkeiten,
 31 den Ausbau der Radinfrastruktur stark zu gefährden - und
 32 zwar für alle sichtbar. Dabei ist die SPD die Erfinderin die-
 33 ses europaweit vorbildhaften Gesetzes gewesen!

34 Der Entwurf sieht hierzu unter anderem die Streichung
 35 von Formulierungen zur Wahrnehmbarkeit des steigen-
 36 den Radverkehrsanteils, Änderungen bei der objektiven
 37 und subjektiven Sicherheit, neue Ausnahmen beim Rad-
 38 kehrsnetz, eine Verschiebung des Nebennetzes auf
 39 2035, zusätzliche Ausnahmen bei Radverkehrsanlagen an
 40 Hauptverkehrsstraßen, eine Verschiebung beim Fahrrad-
 41 parken sowie eine geänderte Fassung des Mängelregis-
 42 ters vor. Diese Änderungen sind ein Bärendienst für un-
 43 sere Wahlkämpfenden.

44